

Antrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ am 24. Juni 2021

Klimazölle für mehr Kostenwahrheit bei Lebensmittelimporten

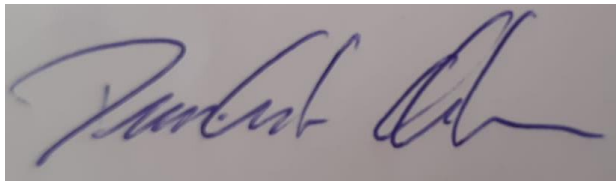
Die rasant steigende Anreicherung der Atmosphäre mit CO₂ aus der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas ist der Hauptverursacher der globalen Klimakrise. Klar ist aufgrund des globalen Ausmaßes der Klimakrise, dass nicht nur österreichweit, sondern EU- und weltweit ehrgeizigere Ambitionen erforderlich sind, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig bedarf es aber auch konkreter Maßnahmen in der EU-Handelspolitik in Form von CO₂- bzw. Klimazöllen für Importe aus Drittstaaten.

Ansonsten besteht die Gefahr, dass strenge heimische Umwelt- und Klimaschutzstandards sowie der europäische Green Deal nur bewirken, dass energieintensive Produktionen sowie die Agrar- und Lebensmittelproduktion aus der EU in Drittstaaten mit niedrigeren Standards verlagert werden. Damit würden nicht nur wesentliche Teile der Wertschöpfung in Länder außerhalb Europas verlagert, sondern auch die CO₂-Emissionen. Ohne die Einführung von Klimazöllen bei Agrar- und Lebensmittelimporten würden durch die Umsetzung des Green-Deal zudem negative Umweltauswirkungen weltweit sogar ansteigen.

Aus diesem Grund unterstützt und fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich Bestrebungen auf internationaler und europäischer Ebene zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems in Form von Klimazöllen. Für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den strengen hiesigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, sollen CO₂-Zölle eingeführt werden. Diese könnten sicherstellen, dass der Importpreis die Kohlenstoffbelastung eines Produkts genauer widerspiegelt und für Kostenwahrheit sorgt.

CO₂-Zölle auf internationaler und europäischer Ebene und eine CO₂-Bepreisung in jenen Sektoren, die nicht dem EU-Emissionshandelssystem unterworfen sind, sind auch im aktuellen Regierungsprogramm als Teil einer ökosozialen Steuerreform vorgesehen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine praxistaugliche Lösung zum Schutz des europäischen Produktions- und Wirtschaftsstandorts mit Hilfe eines adäquaten CO₂-Grenzausgleichssystems für Importe einzusetzen.



Johanna Liesenberger

C. H. Franke

Karl Keyser

Schwanthaler Michael